

## **Schnellrecherche der SFH-Länderanalyse vom 28. August 2017 zu Eritrea: Dokumente, die bei der Haftentlassung unterschrieben werden müssen**

Fragen an die SFH-Länderanalyse:

- Müssen Personen, die in Eritrea aus dem Gefängnis entlassen werden, bei ihrer Entlassung ein Dokument unterschreiben? Wird das Dokument vom Wärter/Gefängnisverantwortlichen direkt bei der Haftentlassung zur Unterschrift vorgelegt?
- Verpflichten sich die Unterzeichnenden mit ihrer Unterschrift, Stillschweigen über die Haftzeit und die Bedingungen im Gefängnis zu wahren?
- Müssen Häftlinge, die aus dem Gefängnis entlassen werden, (a) eine Kaution bezahlen, (b) einen Bürgen benennen, (c) ein Schuldeingeständnis unterschreiben? Wenn ja, wo werden diese Dokumente aufbewahrt?

Die Informationen beruhen auf einer zeitlich begrenzten Recherche (Schnellrecherche) in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die uns derzeit zur Verfügung stehen, und auf den Informationen von sachkundigen Kontaktpersonen.

### **1 Fehlende Rechtsstaatlichkeit und Willkür**

**Keine rechtsstaatlichen Prinzipien.** In Eritrea gelten keinerlei rechtsstaatliche Prinzipien. Dies wird beispielsweise vom *European Asylum Support Office (EASO)* ausführlich beschrieben: Die Verfassung wurde nie in Kraft gesetzt und es gibt keine Gewaltentrennung. Das Parlament ist seit 1998 nicht mehr funktional und seit 2001 (oder 2002) nicht mehr zusammengetreten. Wie EASO ausführt, sind die formellen Institutionen des Staats nur Fassaden und damit bedeutungslos (EASO, 2015). Sogar die vom niederländischen Aussenministerium befragten Diplomaten, die den Bericht der *UN-Untersuchungskommission zur Menschenrechtslage in Eritrea* heftig kritisierten, da diese vor allem vertrauliche Quellen genutzt habe, mussten eingestehen, dass die von der UN-Untersuchungskommission beschriebene Willkür und die komplett fehlende Transparenz die Rechtsstaatlichkeit ausgehebelt haben und den Sicherheitskräften vollkommene Straffreiheit ermöglichen. Die Diplomaten selbst liessen sich ebenfalls nur als «vertrauliche Quellen» zitieren (*Netherlands Ministry of Foreign Affairs*, 6. Februar 2017).

**Korruptes und nicht unabhängiges Justizsystem; Dekrete, Direktiven, Verordnungen; der Präsident steht über dem Gesetz.** Wie auch EASO beschreibt, gilt die Justiz als nicht unabhängig, da sie vom Präsidenten überwacht werde und da dessen Dekrete über dem formalen Recht stehen (EASO, 2015). Auch das *US Department of State (USDOS)* beschreibt das Justizsystem als nicht unabhängig und als parteiisch. Korruption sei ein zusätzliches Problem (*US Department of State*, März 2017). Eine von der *Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH)* im August 2017 befragte *Eritrea-Expertin* weist darauf hin, dass das Justizsystem aus mehreren Institutionen bestehe, die unterschiedlichen Regeln folgen und oft völlig willkürlich handeln würden. Gemäss

Weyermannsstrasse 10  
Postfach  
CH-3001 Bern

T++41 31 370 75 75  
F++41 31 370 75 00

info@fluechtlingshilfe.ch  
www.fluechtlingshilfe.ch

Spendenkonto  
PC 30-1085-7



der *Eritrea-Expertin* fehlt es dem formellen Justizsystem (sowohl das Zivil- als auch das Strafgericht) an ausgebildetem Personal, da eine universitäre Ausbildung von Juristinnen und Juristen seit 2006 nicht mehr existiert (*Eritrea-Expertin*, E-Mail-Auskunft an die SFH, 22. August 2017). EASO beschreibt, dass neue rechtliche Bestimmungen vom Präsidenten beziehungsweise von den zuständigen Ministerien per Dekret erlassen werden. Dabei handelt es sich um Proklamationen und rechtliche Hinweise. Hinzu kommen gemäss EASO als Rechtsquellen Verwaltungsakte, Direktiven und Verordnungen, die von Ministerien, anderen Verwaltungszweigen und vom Militär herausgegeben werden, sowie persönliche Interventionen des Präsidenten. Schriftlich festgehaltene Gesetze haben gemäss EASO dadurch faktisch wenig Bedeutung (EASO, 2015). Die neuen Straf- und Zivilgesetze von 2015 wurden bislang nicht implementiert (*Eritrea-Expertin*, August 2017).

**Gerichte, «Special Court».** Die Judikative ist in militärische und zivile Gerichte sowie in ein Spezialgericht aufgeteilt, die formell dem Justizministerium unterstehen (EASO, 2015).

Das Spezialgericht («*Special Court*») wird vom Büro des Präsidenten mithilfe des Geheimdienstes, der Armee und der Polizei geführt. Ursprünglich sollte es zur Bekämpfung von Korruption eingesetzt werden. Heute behandelt es auch politische sowie Verwaltungs- und Kriminalfälle und wird von der Führung benutzt, um die formelle Justiz zu umgehen (EASO, 2015). Am Spezialgericht agieren hochrangige Militärs als Richter, welche direkt vom Präsidenten ernannt werden. Berufungsmöglichkeiten gibt es nicht (EASO, 2015; *Eritrea-Expertin*, August 2017).

Die «*Community Courts*», die Shari'a-Gerichte für muslimische Bürgerinnen und Bürger sowie die traditionelle Gerichtsbarkeit urteilen nach regional unterschiedlichen gewohnheitsrechtlichen Verfahren in zivilrechtlichen Streitigkeiten, zum Teil aber auch in strafrechtlich relevanten Fällen (*Eritrea-Expertin*, August 2017).

**Aussergerichtliche Strafen.** Es kommt in Eritrea regelmässig vor, dass Gefängnisstrafen aussergerichtlich verhängt werden (EASO, 2015). Personen werden sehr häufig auf Anordnung hochrangiger Militärs und PFDJ (*People's Front for Democracy and Justice*)-Kadern ohne Verfahren verhaftet und erst nach Monaten oder Jahren wieder entlassen. Solche Fälle werden an keiner Stelle offiziell dokumentiert (*Eritrea-Expertin*, August 2017).

EASO, 2015:

**«Seit 1998 ist das Parlament nicht mehr funktional, seit 2001 oder 2002 ist es nicht mehr zusammengetreten. Die meisten Parlamentarier haben das Land mittlerweile verlassen. (...)**

**Da die Verfassung nie umgesetzt worden ist, gibt es in Eritrea keine Gewaltentrennung. Das Parlament ist seit mehr als zehn Jahren nicht mehr zusammengetreten, die Minister haben nur wenige Befugnisse, Präsident und Militär greifen in die Justiz ein. Die formellen Institutionen des Staats dienen nur als Fassaden und sind bedeutungslos, Präsident Isaias regiert das Land informell per Dekret. Dabei stützt er sich auf Berater aus der PFDJ-Führung und hohe Militärvertreter. (...)**

2.1.4 Justiz (Judikative) Nach der de facto-Unabhängigkeit 1991 wurde ein Justizsystem geschaffen, das auf angepassten äthiopischen Gesetzen beruht. So gilt das äthiopische Strafgesetzbuch von 1957 als Transitional Penal Code of Eritrea. 1997 wurde eine Reform der wichtigsten Gesetze durchgeführt, die neuen Gesetze sind aber bisher nicht in Kraft getreten. **Neue rechtliche Bestimmungen werden vom Präsidenten bzw. den zuständigen Ministerien per Dekret erlassen und treten ohne Bestätigung durch das Parlament in Kraft. Dabei handelt es sich um Proklamationen und rechtliche Hinweise, die in der Gazeta Awagiat Ertra veröffentlicht werden. Hinzu kommen als Rechtsquellen Verwaltungsakte, Direktiven und Verordnungen, die von Ministerien, anderen Verwaltungszweigen und dem Militär herausgegeben werden, sowie persönliche Interventionen des Präsidenten. Schriftlich festgehaltene Gesetze haben dadurch faktisch wenig Bedeutung. Die Justiz gilt als nicht unabhängig, da sie vom Präsidenten überwacht wird und dessen Dekrete über dem formalen Recht stehen, sowie aufgrund der Rolle des Spezialgerichts (siehe unten).**

*Die Judikative ist in militärische (auf zwei Ebenen) und zivile Gerichte (auf den Ebenen Community Court, Zoba Court und High Court) sowie ein Spezialgericht aufgeteilt, die formell dem Justizministerium unterstehen. Der auf nationaler Ebene vorgesehene Supreme Court wurde bisher nicht etabliert, seine Rolle wird vom High Court ausgeübt, der die höchste Gerichtsinstanz darstellt. Obwohl das Brauchtumsrecht als Rechtsquelle nicht offiziell anerkannt ist, wird es auf der untersten Verwaltungsebene durch die 2001 etablierte Community Courts angewandt. Bei Muslimen ist die Anwendung des islamischen Rechts (Scharia) u.a. in familiären Angelegenheiten durch spezielle Kammern der Zivilgerichte auf allen drei Ebenen offiziell anerkannt.*

*Das Spezialgericht wird vom Büro des Präsidenten mithilfe von Geheimdienst, Armee und Polizei geführt. Es wurde 1996 als vorläufige Massnahme eingesetzt, um Korruption zu bekämpfen. Mittlerweile behandelt es aber auch politische sowie Verwaltungs- und Kriminalfälle und wird von der Führung benutzt, um die formelle Justiz zu umgehen.*

*Die Richter werden vom Präsidenten direkt ernannt, in der Regel handelt es sich um hohe Militärangehörige. Mittlerweile werden aber auch zahlreiche Kriminalfälle vom Spezialgericht behandelt. Es kommt in Eritrea auch regelmässig vor, dass Gefängnisstrafen vollkommen aussergerichtlich verhängt werden. Aufgrund der geheimen und willkürlichen Natur dieser Verfahren ist es allerdings sehr schwer, Informationen dazu zu erhalten.»* Quelle: European Asylum Support Office, Eritrea Country Focus, 11. Juni 2015, S.26-28:  
[www.sem.admin.ch/dam/data/sem/internationales/herkunftslander/afrika/eri/ERI-ber-easo-d.pdf](http://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/internationales/herkunftslander/afrika/eri/ERI-ber-easo-d.pdf).

Netherlands Ministry of Foreign Affairs, Februar 2017:

*«According to these same sources, however, the report does present an accurate picture of the total lack of transparency and the arbitrary nature of judicial proceedings, which undermine the rule of law and create conditions of virtually total impunity for the security forces. Sources also state that the lack of*

*fundamental rights and political freedoms are adequately described.»* Quelle: Netherlands Ministry of Foreign Affairs: Algemeen Ambtsbericht Eritrea, 6. Februar 2017: [www.ecoi.net/file\\_upload/1226\\_1502861555\\_coi-eritrea-2017.pdf](http://www.ecoi.net/file_upload/1226_1502861555_coi-eritrea-2017.pdf).

USDOS, 2017:

*«The law and unimplemented constitution provide for an independent judiciary, but **executive control of the judiciary continued, and the judiciary was neither independent nor impartial. Judicial corruption remained a problem.** The Office of the President served as a clearinghouse for citizens' petitions to some courts. It also acted as an arbitrator or a facilitator in civil matters for some courts. **The judiciary suffered from lack of trained personnel, inadequate funding, and poor infrastructure.**»* Quelle: US Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2016 - Eritrea, 3. März 2017: [www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/2016/af/265252.htm](http://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/2016/af/265252.htm).

## 2 Dokumente bei der Haftentlassung

**Keine einheitliche Praxis, Willkür.** Zwei befragte *Eritrea-Experten* bestätigen übereinstimmend, dass es keine festen Regeln oder einheitliche Praxis bei der Entlassung von Personen aus dem Gefängnis und bei der Ausstellung von Dokumenten gibt (telefonische Auskunft eines *Eritrea-Experten*, 24. August 2017; *Eritrea-Expertin*, August 2017).

Auch die *UN-Untersuchungskommission zur Menschenrechtslage in Eritrea* beschreibt die Umstände der Haftentlassungen als willkürlich. Einige werden nach einem Schuldeingeständnis entlassen. Andere werden zuerst mit dem Tod bedroht, falls sie sich in Zukunft ein weiteres Mal des gleichen Vergehens schuldig machen würden oder Informationen über die Haft preisgeben würden. Die Betroffenen werden dann nach diesen Drohungen entlassen. Weitere Möglichkeiten, um aus der Haft entlassen zu werden sind die Bezahlung einer Kaution, die Nennung eines Bürgen, Bestechung oder gute persönliche Kontakte. Einige kommen aufgrund ihres sehr schlechten Gesundheitszustandes frei (*UN Human Rights Council*, 2015).

**Dokumente bei der Haftentlassung.** Prinzipiell muss zwischen Dokumenten, die mit der verbrachten Haftzeit in Verbindung stehen, unterschieden werden: Entlassungsschreiben und Bedauernsbezeugungen, die häufig in schriftlicher Form von Verhafteten verlangt werden (*Eritrea-Expertin*, August 2017).

**Regulär inhaftierte Personen.** Bei der Haftentlassung von regulär inhaftierten Personen kann es sein, dass Entlassungspapiere ausgestellt werden (telefonische Auskunft eines *Eritrea-Experten*, 24. August 2017; *Eritrea-Expertin*, August 2017).

**Hadera («Aufbewahren»).** In vielen Fällen läuft die Verhaftung völlig ohne Dokumentation ab: Missliebige Personen werden von hochrangigen Militärs im Gefängnis abgeliefert, ohne dass die Gefängnisverwaltung Informationen über die Personalien und Haftgründe erhalten. Das Verfahren wird auf Tigrinya «*hadera*» (wörtlich: aufbewahren) genannt. Diese Personen werden gewissermassen der Gefängnisverwaltung für

unbestimmte Zeit zur Aufbewahrung übergeben. Die *Eritrea-Expertin* geht davon aus, dass solche Personen keine Entlassungspapiere erhalten (*Eritrea-Expertin*, August 2017).

**Haft aufgrund politischer/religiöser Aktivitäten.** Eine dritte Kategorie von Gefangenen befindet sich auf Anordnung des *President's Office* im Gefängnis. Auch diese Personen werden gemäss den Vermutungen der *Eritrea-Expertin* keine Entlassungsdokumente erhalten. Handelt es sich um politische Fälle, sei jeweils auch der eritreische Sicherheitsdienst involviert. Der Sicherheitsdienst überwache zudem die Ausstellung der Dokumente, in denen Gefangene ihre Reue für die begangenen Taten zum Ausdruck bringen und zukünftiges Wohlverhalten geloben (*Eritrea-Expertin*, August 2017).

UN Human Rights Council, 2015:

*«Release from detention*

*817. Based on the body of testimonies collected by the Commission and the confidential submissions received, the Commission finds that the prison term and the circumstances of the release are often as arbitrary as the detention itself, occurring sometimes in the context of Independence days or in the form of 'mass' releases.*

*824. The Commission documented cases of release (a) after providing a proof of completion or exemption of national service; (b) on the basis of the employers' or leaders' needs; (c) after testifying against themselves or confessing guilt; (d) after being threatened with death in case religious practices were continued, the offence repeated or information about the detention disclosed; (e) after recanting religious faith or accepting not to pray, preach, organise or attend religious gathering, or declaring allegiance to the Eritrean Orthodox Church; (f) after paying a fine or identifying a guarantor (in a sort of informal bail or bond system); (g) after paying a bribe or using personal connections; and (h) just before imminent death or due to very poor health.»* Quelle: UN Human Rights Council, Report of the detailed findings of the Commission of Inquiry on Human Rights in Eritrea, 5. Juni 2015: [www.refworld.org/docid/55758bab4.html](http://www.refworld.org/docid/55758bab4.html).

### 3 Stillschweigen über die Zeit in Haft

Eine eritreische Kontaktperson machte die SFH in einer telefonischen Auskunft darauf aufmerksam, dass Häftlinge prinzipiell Stillschweigen über die Zeit in Haft wahren müssen (telefonische Auskunft einer *eritreischen Kontaktperson*, 17. August 2017). Auch die beiden von der SFH befragten *Eritrea-Experten* beschreiben, dass die Forderung nach Stillschweigen über die Haftzeit generell gilt und entweder schriftlich oder mündlich verlangt wird (telefonische Auskunft eines *Eritrea-Experten*, 24. August 2017; *Eritrea-Expertin*, August 2017). Wird gegen die Schweigepflicht verstossen, droht erneute Inhaftierung (*Eritrea-Expertin*, August 2017). Im Bericht der *UN-Untersuchungskommission zur Menschenrechtslage in Eritrea* berichten Zeugen, dass

ihnen mit dem Tod gedroht wurde, falls sie nicht über die Haftzeit Stillschweigen wahren würden. Eine Person musste dabei ein Dokument unterschreiben, dessen Inhalt sie nicht kannte (*UN Human Rights Council*, 2015).

UN Human Rights Council, Juni 2015:

**«828. Others were released after being threatened, sometimes even with death, if they repeated the “mistakes” or the offences that brought them to prison in the first place or if they disclosed information about the location of the detention facility or the treatment endured.**

*A man spent two months chained night and day in an isolation cell in Adi Abeito, before being transferred to a prison-container in Mai Serwa. He explained his release: “One day, someone came to the cell, called my name. I was shocked. I thought that they would take me to a worse place. I was shaking. He loosened the chain and asked me to collect any belongings I had. He asked me to put my shoes on, I couldn’t find them. I just took a pair. He took me to an office and asked me about my experience in the prison. You can’t say it was bad. You have to say it was ok. If I said it was bad, then worse treatment would come.” He finally added, “now we are showing you mercy, you will go and resume your normal life but if for any reasons you mention or say anything about this prison, if you tell people about your experience, you judge yourself’. I told him there was no reason for me to do that. I signed a paper: it was full of pages. They released me and gave me a letter ... saying that I was in custody because I had cooperated in my brother’s escape to Ethiopia.” A former prisoner recounted his release after several years in detention: “They threatened me that if I told anyone about what happened there would be consequences and they would kill me.” A soldier detained in Wi’a for having crossed the border illegally told the Commission that he received a warning when his unit came to bring him back. He had to sign a document indicating that if he tried to escape the country again he would be executed.»* Quelle: UN Human Rights Council, Report of the detailed findings of the Commission of Inquiry on Human Rights in Eritrea, 5. Juni 2015:  
[www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/CoIEritrea/A\\_HRC\\_29\\_CRP-1.pdf](http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/CoIEritrea/A_HRC_29_CRP-1.pdf).

#### 4 Schuldeingeständnis, Kaution, Bürgen

**Schuldeingeständnis und Verpflichtung, sich künftig an die «Regeln» zu halten.** Im Bericht der *UN-Untersuchungskommission zur Menschenrechtslage in Eritrea* berichten Zeugen und ehemalige Häftlinge, dass sie bei ihrer Haftentlassung (oder damit sie sie überhaupt entlassen wurden), ein Schuldeingeständnis ablegen mussten. Eine befragte Person erhielt bei der Entlassung einen Brief, in dem festgehalten ist, dass sie ihre Straftat zugegeben habe und an die Front geschickt würde (*UN Human Rights Council*, 5. Juni 2015). Die von der SFH kontaktierte *Eritrea-Expertin* beschreibt es als üblich für Eritrea, dass Personen, die seitens der Regierungsorgane eines Fehlverhaltens beschuldigt werden, einen «Bedauernsbrief» unterschreiben müssen, in dem sie zusagen, ihr «Fehlverhalten» nicht zu wiederholen. Andernfalls drohten strenge Strafen (*Eritrea-Expertin*, Mai 2017). Das Schuldeingeständnis steht inhaltlich im Zusammenhang mit dem Unterschreiben des Bedauernsbriefes (*Letter of Regret*),

der in bestimmten Fällen nach Verhören oder bei Haftentlassung unterschrieben werden muss. Die betroffene Person muss sich schuldig bekennen und geloben, sich künftig an die Regeln der Regierung zu halten und entsprechende Anordnungen zu befolgen (*Eritrea-Expertin*, August 2017). Auch eine *eritreische Kontaktperson* bestätigt, dass bei der Haftentlassung oft ein Schuldeingeständnis unterschrieben werden muss (telefonische Auskunft einer *eritreischen Kontaktperson*, 17. August 2017). Der *Eritrea-Experte* weist explizit darauf hin, dass das Schuldeingeständnis meist ans Versprechen zu künftigem Wohlverhalten geknüpft ist (telefonische Auskunft eines *Eritrea-Experten*, 24. August 2017).

**Bussgelder.** Gemäss der *Eritrea-Expertin* ist je nach finanzieller Situation der Herkunftsfamilie auch die Erhebung eines Bussgeldes möglich. Die Höhe solcher Bussgelder wird willkürlich festgelegt (*Eritrea-Expertin*, E-Mail-Auskunft an die SFH, 24. Mai 2017).

**Kautio.** Im Bericht der *UN-Untersuchungskommission zur Menschenrechtslage in Eritrea* berichten Zeugen und ehemalige Häftlinge, dass sie bei ihrer Haftentlassung eine Kautio hinterlegen mussten (*UN Human Rights Council*, 5. Juni 2015). Auch die *Eritrea-Expertin* bestätigt, dass Häftlinge, die aus dem Gefängnis entlassen werden, eine Kautio bezahlen müssen. Damit würden sie ihr zukünftiges «Wohlverhalten» garantieren und zugleich daran gehindert, aus dem Lande zu fliehen (*Eritrea-Expertin*, August 2017). Der *Eritrea-Experte* berichtet über einen Mann, der für seine Haftentlassung 75'000 Nakfa Kautio hinterlegen musste und das Versprechen für zukünftiges Wohlverhalten unterschreiben musste (telefonische Auskunft eines *Eritrea-Experten*, 24. August 2017). Im Bericht der *UN-Untersuchungskommission zur Menschenrechtslage in Eritrea (2015)* sind Kautionen in der Höhe von 100'000 und 450'000 Nakfa erwähnt.

**Bürgen.** Gemäss der *Eritrea-Expertin* ist es üblich, dass Häftlinge einen oder mehrere Bürgen benennen müssen, um aus der Haft freizukommen. In den meisten Fällen bürgen diese Personen für die entlassenen Häftlinge mit ihren Privathäusern oder mit anderem Besitz: Dieser kann konfisziert werden, falls der Inhaftierte nach seiner Freilassung das Land verlässt, um sich der Kontrolle der Regierung zu entziehen, oder wenn er den an ihn gestellten Forderungen nicht nachkommt (*Eritrea-Expertin*, August 2017).

**Ablage der Dokumente.** Es kann nicht generell gesagt werden, wo derartige Dokumente aufbewahrt werden. Allerdings ist davon auszugehen, dass mögliche Aufbewahrungsorte die Büros der Gefängnisverwaltungen, des nationalen Inlandsgeheimdienstes, der Polizeiverwaltung sowie Räumlichkeiten der Militärverwaltung sind. Möglicherweise erhalten auch die *Memhedars* (Lokalverwaltungen) in einigen Fällen Kopien solcher Schreiben. Das Justizministerium verfügt hingegen kaum über Machtkompetenzen (*Eritrea-Expertin*, August 2017). Der *Eritrea-Experte* geht davon aus, dass die Schuldeingeständnisse und Versprechen, sich staatsfeindlichen Aktivitäten fernzuhalten, bei den Sicherheitsdiensten aufbewahrt werden (telefonische Auskunft eines *Eritrea-Experten*, 24. August 2017). Auch die *Eritrea-Expertin* geht davon aus, dass die Bedauernsbezeugungen meist beim Sicherheitsdienst und/oder im *President's Office* aufbewahrt werden (*Eritrea-Expertin*, August 2017).

UN Human Rights Council, 2015:

«696. (...) **But in another case, the Commission interviewed a witness whose brother had been arrested and detained for four months following an allegation of theft that turned out to be ill-founded. Instead of compensating his brother when he was released, “they asked him for bail money, and the family asked me to send money.”**

735. (...) A person, who was arrested in 2001 and was told by the arresting officers that he would return home after a few minutes, told the Commission how he ended up being detained for four years. He said: “I was taken from my house by members of the national security agency who were in civilian clothes. They told me that they wanted to ask me questions and that I would be back home after a few minutes... I was in Karshela prison for four years ... **After four years in prison, Colonel [x] came to me and told me that he got orders for a 100,000 Nakfa bail and that I should not leave the country without permission, and that I had to write a paper as to why I was put in jail. I maintained my innocence and I told the Colonel to state why I was in prison. The Colonel said he received orders and he was just passing the message to me and that if I wanted I could ask the bosses myself. I was given a paper and I wrote that I did not know why I was imprisoned.”**

755. (...) “I was in prison. The military accused me of trying to flee to Ethiopia. I said it was not true. Still they put me in jail. They tortured me there. At night, they beat me with a wooden stick. In addition, at three o’clock they would come and throw cold water at me. **For two weeks this kept on going. When they were not able to get anything more from me... they decided to let me go on a bail. The bail was a business license. It was not over. They forced my family to pay 50,000 Nakfa.”**

818. In what it hopes will be a positive trend, the Commission received information about recent releases of journalists, deserters and others, following high-level decisions. **Information received indicates that more than a dozen journalists who had been arrested in 2009 were released between April 2013 and January 2015. No explanation was given for their release. They were released on bail or bond, which required their family to put up their house deeds or an amount of 450,000 Nakfa as collateral guarantee for their freedom.**

827. **Numerous testimonies showed how detainees were released after admitting guilt, often after physical ill-treatment or torture or psychological pressure from investigating authorities with a view to obtaining a confession or admission of guilt. In many cases, the confession was a condition for the release.**

A former soldier recalled that after having spent eight months in Aderser, in squalid conditions of detention, his relatives who had connections with some influential people ‘rescued him’. He explained the circumstances of his release: “**Shortly before my release, the Captain, head of the prison, asked me if I knew my crime. I said ‘Yes, I know’, because that is the only way out. I ‘admitted’ that I was traveling from my unit without leave of absence and that I did this for drinking alcohol. I admitted this was an offence and promised to learn my lessons from my prison experience. Then the head of the prison took me to the Commander of the operational**



*zone, who asked me the same question: whether I admit my crime or not. I repeated the answer, admitting a crime I never committed. From the way I spoke, I believe he was convinced that I was 'harmless' and he set me free. He gave me a letter that I opened tactfully. It was saying I had admitted my 'crime' and was being assigned to the frontline."*

828. Others were released after being threatened, sometimes even with death, if they repeated the "mistakes" or the offences that brought them to prison in the first place or if they disclosed information about the location of the detention facility or the treatment endured.

830. **A system of bail or bond is used**, for instance to release mothers detained with their children or in cases of guilt by association. The Commission finds, however, that the system is paradoxical and arbitrary in the absence of rule of law in Eritrea and the little likelihood that the suspect will ever be brought to Court. **Given the modalities of it and the arbitrariness of its implementation, the bail/bond system rather resembles a means of control and pressure on the population. The Commission finds that by using threats of worse punishments in case of repetition of the perceived deviant behaviours, freedoms are effectively curtailed.**

A witness told the Commission that after eight months in jail following the allegations of a villager that he was a spy for the Ethiopian Government, **his family was asked to pay 100,000 Nakfa for his release. Some neighbours, who wanted to help, pledged the licence for their shop. Once month later, he was sent to the militia training centre of the zone. He explains: "I had to go, otherwise the licence from our neighbour would have been withdrawn. The person who gave the licence had to promise that I would join the national service."**

In 2011, a woman caught while trying to cross the border with her four children was held in detention for about two months. She recalled: "My parents found which centre I was in and came but the guards would not let them see me. They were told that I had been arrested for trying to cheat the Government. **They were told I could be released with a guarantee of 100,000 Nakfa. After two months someone in my village put up a 100,000 Nakfa guarantee for me. The terms were that they would have to pay the money or give their land if I tried to escape again.**" » Quelle: UN Human Rights Council, Report of the detailed findings of the Commission of Inquiry on Human Rights in Eritrea, 5. Juni 2015:

[www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/ColEritrea/A\\_HRC\\_29\\_CRP-1.pdf](http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/ColEritrea/A_HRC_29_CRP-1.pdf).